53. Jahrgang. № 82. Dienstag, 23. März 1909

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gewährten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 5 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 6 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 50 Pf.; die spaltige Zeile a. Textseite 100 Pf. — Zu Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 50 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Chocoladen, Cacaos Desserts.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Raucht PATENT STROHMUNDSTÜCK CIGARETTE von 3 Pfg. an
Egyptian Cigarette Company
Cairo. — Berlin W. 64. — Frankfurt a./M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Buchholz-Hüte sind von bekannter Güte nur **Annenstr. 28**

Madenwürmer,
Spulwürmer, auch Askariden genannt, werden auch in hartnäckigen Fällen beseitigt durch das spezifisch wirkende neue Madenwurmmittel „Antiverm". Mit genauer Anweisung Mark 1,20, bei Einsendung von Mark 1,40 franko. Depot und Versand:
Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche.** Verkaufsstelle der vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Kgl. Sächs. Staatsforstbeamte.
Hermann Pörschel Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, vorwiegend trübe.

Für Dresden ist heute abend ein Wasserstand von 120 Zentimeter über Null angesagt; aus vielen Teilen des Reiches liegen Hochwassermeldungen vor.

Der Reichstag setzte die Beratung des Militär-Etats fort.

Geheimrat Professor v. Renvers ist in Berlin gestorben.

Das Berliner Sechs-Tage-Rennen endete mit dem Siege der amerikanischen Mannschaft Mac Farland-Moran.

Ein in Gegenwart des Zaren in Zarskoje Sselo abgehaltener Ministerrat sprach sich gegen den Krieg aus; im österreichischen Abgeordnetenhaus machte Ministerpräsident Freiherr v. Bienerth Mitteilungen über die auswärtige Lage.

Die englische Admiralität hat beschlossen, an der Ostküste Schottlands eine Station für eine Unterseebootsflottille mit dem Kommando in Firth of Forth zu errichten.

Die sächsischen Landwirte und die Reichsfinanzreform.

Hierzu wird uns von sächsischer konservativer Seite geschrieben:

„Wiederholt ist schon ausgeführt worden, daß die vorgeschlagene Nachlaßsteuer trotz der großen Bedenken, die aus anderen Gründen gegen sie sprechen, gerade die Landwirtschaft mit Schonung behandelt. Da dies immer noch nicht genug bekannt ist, mögen die Worte des preußischen Finanzministers Freiherrn von Rheinbaben hier wiedergegeben werden. Er führte folgendes aus: Die Besteuerung beginne erst bei 20 000 Mark, und dies habe zur Folge, daß von ungefähr 1 200 000 landwirtschaftlichen Hauptbetrieben nur etwa 220 000 unter das Gesetz fielen, vier Fünftel dagegen steuerfrei blieben. Weiter läge eine Rücksichtnahme auf den Grundbesitz in der Zugrundelegung des zwanzigfachen Ertragswertes, wodurch es ermöglicht würde, zufällig hohe Verkaufspreise, die etwa aus besonderer Liebhaberei am Grundbesitze herrührten, bei der Berechnung auszuschalten. Nach der Vorlage soll der zugrunde gelegte Wert nie über die Taxe der Landschaften und anderer öffentlicher Kreditinstitute hinausgehen, die in der Wertbemessung ihrerseits äußerst vorsichtig vorgingen. Endlich seien Rentenzahlungen gestattet. Unter diesen Umständen könne keine Rede von einer Expropriation sein. Es handle sich vielmehr nur um die Besteuerung mit einer mäßigen Rente. Bei einem — zum 25fachen des Ertrages — berechneten Werte von 80 000 Mark brauche ein Landgut nur 120 Mark zu steuern oder eine 20jährige Rente von 8,83 Mark zu bezahlen; bei einem Werte von 200 000 Mark 480 Mark Steuer oder 35,32 Mark jährliche Rente, bei einem Werte von 600 000 Mark eine Steuer von 3600 Mark oder eine jährliche Rente von 264 Mark. Hierbei sei überall angenommen, daß das Gut bis zur Hälfte verschuldet sei. Da könne es im Ernst nicht bestritten werden, daß eine solche Steuer von dem landwirtschaftlichen Besitz wohl getragen werden könne.

Würde man statt der vorgeschlagenen Nachlaßsteuer zu einer Erbanfallsteuer für Kinder, unter möglichster Freilassung der Ehegatten, übergehen, welche den großen Vorteil bietet, daß es bei ihr nur auf die Größe des Erbteils ankommt, und daß die Steuerriecherei unmittelbar nach dem Tode mit ihren das Gefühl verletzenden Vexationen bei ihr vermieden werden kann, so würde sich die Landwirtschaft noch günstiger stehen. Läßt man Erbteile unter 10 000 Mk. ganz frei und beginnt bei einem Erbteil von 10 000 Mk. mit 1 Prozent, so würde von den sächsischen Landwirten noch nicht ein Zehntel der Steuer unterliegen. Für die der Steuer unterliegenden sächsischen Landwirte ließen sich aber auch bei der Erbanfallsteuer dieselben Erleichterungen und nach Befinden noch bessere schaffen, wie bei der Nachlaßsteuer, namentlich würde auch hier diesen Landwirten, die, wie wiederholt wird, noch nicht ein Zehntel der sächsischen Bauern ausmachen, die Bezahlung der Erbanfallsteuer in einer 20jährigen kleinen Rente gestattet sein müssen. Wieviel ungünstiger gestaltet sich dagegen die Lage der sächsischen Landwirte, wenn statt einer Erbanfallsteuer ein anderer Weg eingeschlagen würde. Möglich wäre nach der Zusammensetzung des Reichstags nur, daß dann der entsprechende Betrag des Steuerbedarfs durch eine Erhöhung der Matrikularbeiträge oder durch eine andere Form unter Vermittlung der Einzelstaaten aufgebracht werden müßte. Die sächsische Staatsregierung hat aber für diesen Fall schon erklärt, daß dann die Einkommensteuer ganz wesentlich erhöht werden müßte, also eine Steuer, die, wenn man auch die Erhöhung nicht bei den untersten Einkommen eintreten ließe, doch in viel größerem Maße als die von uns bezeichnete Erbanfallsteuer auch die schwachen Schultern trifft. Eine solche Erhöhung der Einkommensteuer würde die größte Erbitterung im ganzen Lande hervorrufen.

Allein die Gefahr ist eine noch viel größere. Es besteht die dringende Befürchtung, daß, wie sich die Verhältnisse in der jüngsten Zeit leider gestaltet haben, bei Aufrechterhaltung der finanziellen Selbständigkeit der Einzelstaaten ohne eine Erbanfallsteuer überhaupt keine indirekten Steuern zu erreichen sein würden. Ein Scheitern der Finanzreform hätte zur Folge, daß die Einzelstaaten gegen 500 Millionen jährlich fürs Reich durch Matrikularbeiträge aufzubringen hätten. Das würde für Sachsen eine Verdoppelung der jetzt schon hohen Einkommensteuer auch für den ärmsten Steuerzahler bedeuten, ein Zustand, der einfach unerträglich wäre. Den größten Schaden davon hätte die deutsche Landwirtschaft. Denn ohne eine durchgreifende Finanzreform kann die jetzige Schuldenwirtschaft im Reiche nicht beseitigt werden; sie muß nur noch schlimmer werden und wird auch die Einzelstaaten auf diesen verderblichen Weg drängen. Wie der auf diesem Gebiete sachkundige Evert in der konservativen Monatsschrift überzeugend ausgeführt hat, wird aber die ständige weitere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch die Anleihen des Reiches und der Einzelstaaten dazu führen, dem Hypothekenmarkt zugunsten des Fondsmarktes erhebliche Summen zu entziehen und eine bleibende Steigerung des Hypothekenzinsfußes zur Folge haben. Da die Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes im Deutschen Reiche auf reichlich 12 Milliarden Mark geschätzt wird, würden die deutschen Landwirte dann bei einem Steigen des Zinsfußes um nur 1 Prozent neben der erhöhten und nach Befinden verdoppelten Einkommensteuer noch 120 (!) Millionen mehr an Zinsen aufzubringen haben als bisher, während der Betrag, der bei einer Erbanfallsteuer auf den landwirtschaftlichen Grundbesitz Deutschlands jährlich entfallen würde, nur etwa 10 Millionen sein würde.

Unter solchen Umständen werden die sächsischen Landwirte erkennen, daß die Einführung einer Erbanfallsteuer nach dem jetzigen Stand der Dinge auch in ihrem eigensten Interesse liegt. Unsere sächsische Staatsregierung hat stets ein warmes Herz und die größte Fürsorge für die sächsische Landwirtschaft gezeigt und unter den Vorwürfen, welche die demokratischen Parteien gegen sie erhoben haben, stand stets der Vorwurf „agrarischer" Politik obenan. Wenn eine solche Staatsregierung mit dem konservativen Minister von Rüger an der Spitze, der bekanntlich früher gleichfalls eine solche Steuer aufs schärfste kritisiert hat, jetzt diesen Weg als den unserem geliebten Sachsenlande allein segensreichen, als den jetzt allein noch gangbaren empfiehlt, um viel schlimmere Schäden zu verhüten, dann werden die sächsischen Landwirte sich gleichfalls einmütig und geschlossen unter Zurückstellung der bisher mit Recht in den Vordergrund gestellten Bedenken hinter unsere Staatsregierung stellen zum Heile des Reiches, zum Wohle unseres Sachsenlandes und zum eigenen Segen der Landwirtschaft."

Wir geben die vorstehenden Ausführungen von konservativer Seite wieder als Beweis dafür, mit welch überzeugenden Gründen jetzt für eine Nachlaß- oder Erbanfallsteuer auch von einer Seite eingetreten wird, die zweifellos stets volles Verständnis für die wirtschaftlichen, sozialen und ethischen Forderungen der Landwirtschaft bewiesen hat.

Neueste Drahtmeldungen vom 22. März.

Zur Orientkrisis.

Wien. Das „Fremdenblatt" schreibt: Der Pariser „Figaro" veröffentlichte unlängst eine Stelle aus einem angeblichen Briefe eines Mitgliedes des Kaiserhauses an einen Verwandten in Paris, in dem die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß es trotz aller Kriegsgerüchte nicht zum Kriege kommen werde. Ein Wiener Blatt habe bei Wiedergabe dieser Stelle die Vermutung ausgesprochen, daß die betreffende Persönlichkeit der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand sei. Wir sind in der Lage, auf Grund authentischer Mitteilungen festzustellen, daß jene Vermutung nicht zutrifft.

Erklärung des Ministerpräsidenten Frhrn. v. Bienerth.

Wien. Abgeordnetenhaus. Vor Uebergang zur Tagesordnung gab Ministerpräsident Freiherr v. Bienerth folgende Erklärung ab: Ich halte mich verpflichtet, dem hohen Hause im gegenwärtigen Zeitpunkte einige Mitteilungen über die auswärtige Lage nach ihrem augenblicklichen Stande zu machen. (Lebhafter Beifall.) Wie ich bereits in der Vorwoche mitgeteilt habe, hat die Note, die die serbische Regierung in Beantwortung unserer unlängst in Belgrad unternommenen Demarche an uns gerichtet hat, unseren Erwartungen nicht entsprochen. Nach den bisher an uns gelangten Nachrichten habe ich hinzuzufügen, daß die serbische Antwort auch seitens anderer Kabinette als unbefriedigt erachtet worden ist. (Beifall.) Wir haben es unterlassen, auf diese serbische Note sofort zu antworten, weil eine umgehende Erwiderung auf diese eine weitere Verschärfung der Situation zum Gefolge gehabt hätte, die wir, soweit es von uns abhängt, vermeiden wollen. Das Ziel unserer Politik ist die Sicherung und Konsolidierung des durch die Annexionserklärung geschaffenen Zustandes. Wir hegen keine aggressiven Absichten und verfolgen keine Prestige-Politik. Serbien hat demnach nochmals Zeit, über seine Lage klar zu werden und uns gegenüber einzulenken. Wir ziehen es aber auch aus dem Grunde vor, uns mit der Beantwortung der jüngsten serbischen Note nicht allzu sehr zu beeilen, weil wir erfahren haben, daß andere Mächte Serbien neuerdings Ratschläge erteilen wollen, denen dieses diesmal hoffentlich vollkommen Rechnung tragen wird. Wenn wir aber, auch wie aus dem Gesagten hervorgeht, fortfahren, die größte Geduld an den Tag zu legen, so erfüllen wir doch anderseits nur eine Pflicht gegen uns selbst, wenn wir auf die baldige Beendigung des unhaltbaren Zustandes an unserer Grenze (Lebhafte Zustimmung) mit allem Nachdruck hinwirken. Wir bleiben jedoch auch heute unserer bisherigen Methode treu, indem wir Serbien die Hand reichen, damit es sie, wenn es zur Erkenntnis seiner Situation gelangt ist, ergreifen kann. (Beifall.) Das Haus geht sodann zur Fortsetzung der Beratung über die Verstaatlichungsvorlage über.

Zwischenfälle an der serbischen Grenze.

Wien. (Priv.-Tel.) An der serbischen Grenze mehren sich die Zwischenfälle, die nachgerade einen Zustand geschaffen haben, der vom Kriegszustand nicht mehr weit entfernt ist. Von serbischer Seite werden von jenseits der Drina auf alle österreichisch-ungarischen Streifpatrouillen, die sichtbar werden, Schüsse abgegeben. Der Bruder des Reserveleutnants Fuchs wurde gestern von Serajewo aus verständigt, daß der Reserveleutnant an der Drina von den Serben erschossen worden sei. Nach erneuten Meldungen von der Drina ist infolge dieser unaufhörlichen Zwischenfälle, denen bereits 17 österreichische Soldaten zum Opfer gefallen sind, der Unmut bei den österreichischen Regimentern an der Grenze mächtig aufgelodert. Fast sämtliche Streifpatrouillen rücken von ihren Grenzgängen mit verschossenen Patronen in ihre Garnisonen ein. Die Offiziere bemühen sich vergebens, die Mannschaften vom Kampfe zurückzuhalten.

Aus der Skupschtina.

Belgrad. In der Skupschtina sprach der Alradikale Wisitsch in einer Anfrage an den Minister von der Mobilisierung der österreichischen Grenzkorps und meinte, die serbische Regierung wende diesen Vorgängen keine Aufmerksamkeit zu und treffe nicht die notwendigen Maßnahmen. Obgleich die Regierung die serbische Sache den Großmächten anvertraut habe, müsse sie doch die notwendigen militärischen Maßnahmen und die Mobilisierung anordnen, um nicht überrascht zu werden. Markowitsch (Jungradikaler) verwies darauf, daß die bevorstehende Antwort der serbischen Regierung auf die Vorstellungen der Großmächte von der größten Tragweite für die Zukunft des serbischen Volkes sei und forderte, daß die Regierung jedesmal vor Absendung der Antworten von nun an die Meinung der Skupschtina einhole.

Die Stellung der Mächte.

Köln. (Priv.-Tel.) Die „Köln. Ztg." meldet aus Berlin: Die Verhandlungen unter den Mächten dauern fort, und zwar scheint England sich besonders mit der Aufgabe zu beschäftigen, die Formel zu finden, die, nachdem sie die russische Zustimmung erhalten hat, Serbien auferlegt werden kann und die auch so beschaffen sein soll, daß sie den österreichischen Bedingungen entspricht; bisher ist das noch nicht gelungen. Man wird nicht fehlgehen, anzunehmen, daß die Schwierigkeit bei Rußland liegt. Es fällt einigermaßen auf, daß der „Temps" nur immer von den gemeinsamen Schritten Englands, Frankreichs und Rußlands spricht und der Mitarbeit Italiens hierbei nicht gedacht wird, obgleich gerade Italien mit dem Vorschlag hervorgetreten, der die Grundlage zu einem praktisch wirksamen Vorgehen enthält. Man wird daraus entnehmen können, daß der Vorschlag auf russischen Widerstand gestoßen ist. Mit Rücksicht auf die Verhandlungen der Mächte hat Oesterreich die Ueberreichung der neuen Note um einige Tage hinausgeschoben; es wird aber Zeit, daß sich die Einwirkung der Mächte in Belgrad fühlbar macht. Ob das derart geschieht, daß Serbien auf die angekündigte österreichische Note in zufriedenstellender Weise antwortet oder ob es vielleicht unmittelbar nach der Mächteintervention, ohne die österreichischen Forderungen abzuwarten, aus eigenen Stücken solche Erklärungen abgibt, dürfte ziemlich gleichgültig sein. Man scheint an einigen Stellen zu glauben, daß auf diese Weise die serbische Eigenliebe mehr geschont werden könnte, und wenn dadurch die Verhandlungen gefördert werden, so könnte man das ruhig hinnehmen; aber man wird nicht außer

SLUB Wir führen Wissen.